



öffentlich

Betreff:

Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenter Potsdam

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 11.03.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
01.04.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister trägt dafür Sorge, dass das durch die Trägerversammlung des Jobcenter Potsdam jährlich beschlossenen Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm beginnend im Jahr 2015 jeweils in dem Monat nach seiner Beschlussfassung durch die Trägerversammlung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam zur Kenntnis gegeben wird.

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm werden die Rahmenbedingungen, die Ziele und die wichtigsten Handlungsfelder des Jobcenter Potsdam beschrieben. Außerdem wird erläutert, welche arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen das Jobcenter Potsdam im jeweiligen Jahr geplant hat. Neben den in den Zielvereinbarungen mit dem MASGF verankerten Zielen sind auch die Ziele der Bundes- und Landesprogramme sowie weitere strategische Ziele des Jobcenter dargestellt.

Um Entscheidungen der Landeshauptstadt im Bereich der Arbeitsmarktförderung besser nachvollziehen zu können ist es sinnvoll, wenn alle politischen Entscheidungsträger in die Lage versetzt werden, kommunale Arbeitsmarktprojekte im Zusammenhang mit dem Programm des Jobcenter Potsdam einordnen zu können.

In Potsdam-Mittelmark oder Teltow-Fläming sind die jeweiligen Programme online nachlesbar bzw. werden sogar durch das politische Gremium